

Zeitschrift: Gewerkschaftliche Rundschau : Vierteljahresschrift des Schweizerischen Gewerkschaftsbundes

Herausgeber: Schweizerischer Gewerkschaftsbund

Band: 66 (1974)

Heft: 5

Artikel: Mehr Planung!

Autor: Bernard, Henri

DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-354662>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 22.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Mehr Planung!

Henri Bernard

In dem Masse, wie die Auswirkungen des «Ölschocks» spürbar werden, zeichnen sich auch die Phasen und die Ziele der Kämpfe ab, die in den nächsten Monaten zu führen sind. Der Missbrauch wirtschaftlicher Macht, Fehler in der Wirtschaftsführung, Gleichgewichtsstörungen und mangelnde Zusammenarbeit in den Beziehungen zwischen Ländern dürfen nicht nur zu Lasten der Arbeitnehmer fallen, in dem Sinne, dass sie die Zeche zahlen für alle internen Widersprüche des neokapitalistischen Systems, Widersprüche, die sich im Laufe der Jahre gehäuft haben und jetzt noch durch die Ölkrise verschärft worden sind.

Die Verteidigung der Kaufkraft der Arbeitnehmerfamilien ist zu einer vordringlichen Aufgabe gewerkschaftlicher Aktionen geworden, nachdem sich besonders seit 1969 die inflationären Tendenzen in sehr vielen Ländern beschleunigt haben. Gewiss stehen die Arbeitnehmer nicht schutzlos da: sie können hauptsächlich im Wege der Tarifverhandlungen dafür sorgen, dass die Löhne Schritt halten – jedenfalls in Ländern mit einer freien und starken Gewerkschaftsbewegung. Aber wenn das Tempo der Inflation sich derart beschleunigt, wie dies 1973 festzustellen war, wird sich der Schutz der Arbeitnehmerinteressen als immer schwieriger erweisen und oft für gewisse Gruppen nicht ausreichen, zum Beispiel für Rentenempfänger und andere Sozialleistungsberechtigte.

Durch den besonders starken Preisauftrieb der Lebensmittel sind die Reallöhne in vielen Ländern 1973 kaum gestiegen, was zu einer Umverteilung der Realeinkommen zum Nachteil der Lohn- und Gehaltsempfänger geführt hat. Die wichtigste Frage, die sich 1974 stellt, lautet: Darf sich das freie Spiel des Preismechanismus so auswirken, dass die Benzinrechnung voll und ganz – ja, noch darüber hinaus – von den Arbeitnehmern bezahlt wird? Die Preissteigerungen bei den Ölimporten, die im Oktober und Dezember von den Erzeugerländern beschlossen wurden, werden sich nach Schätzungen für die Gesamtheit der Industrieländer auf 1,5 Prozent des Bruttosozialprodukts belaufen. Die Spannen für Handel und Verarbeitung sind so festgelegt, dass das Profitniveau erhalten bleibt oder womöglich noch steigt; dies gilt auch für andere Erzeugnisse und Dienstleistungen, die deshalb sprungartig ansteigen werden; im Endeffekt müssen die Lohnabhängigen ein Vielfaches der ursprünglichen Preiserhöhung zahlen, nämlich von 3 bis 6 Prozent.

Es handelt sich also darum, sofort einen noch stärkeren Anstieg der Inlandspreise zu verhüten, der über die Gesamtkosten der Ölimporte hinausgeht, um so die kumulativen Auswirkungen der Preis-

erhöhungen bei Gütern und Dienstleistungen zu verhindern, vor allem durch eine wirksame Kontrolle der Preise und Handelsspannen, wie dies der gewerkschaftliche Beratungsausschuss bei der OECD am 17. Januar 1974 empfohlen hat. Allerdings sind, sowohl was das allgemeine Problem der Inflation wie insbesondere das der Öl- und Benzinpreise betrifft, im Jahr 1974 sehr viel weiterreichende Massnahmen ins Auge zu fassen und ins Werk zu setzen.

Wenn jetzt die Grenze der Beschleunigung der Inflationsrate überschritten wird, so wird dadurch selbst das Gleichgewicht in den Sozialbeziehungen in Frage gestellt. Der nicht, oder nicht ausreichend, kontrollierte Mechanismus der Preisbildung im neokapitalistischen System hat bisher nicht nur alle Bemühungen um eine gerechtere Einkommensverteilung vereitelt – jetzt wird angesichts des Phänomens der «Stagflation» auch das Wachstum selbst und der Einsatz der Arbeitskräfte und der materiellen Mittel betroffen. Etwaige Bedenken der Behörden dagegen, vorhandene Preiskontrollinstrumente wirksam einzusetzen und wenn nötig neue zu schaffen, müssen überwunden werden. Wir können hier nicht sämtliche anti-inflationären Massnahmen aufzählen, die jetzt getroffen werden müssten; jedenfalls aber sollten sie darauf abzielen, ein direktes Eingreifen der öffentlichen Hand in den Prozess der Preisbildung zu fördern. Es genügt, an die Aufzählung der Massnahmen zu erinnern, die als Ergebnis der Weltwirtschaftskonferenz des IBFG im Juni 1971 aufgestellt wurden. Die damals verabschiedeten Empfehlungen verurteilten die Anwendung inflationistischer Politik und einer Einkommenspolitik, die der Natur des Problems keineswegs gewachsen sind, sondern im Gegenteil die Ungerechtigkeit und das Ungleichgewicht in der Einkommensverteilung noch verstärken. Dagegen wurde darauf hingewiesen, dass die Gewerkschaften eine anti-inflationäre Politik unterstützen würden, die auf volle Nutzung der Möglichkeiten der Unternehmen, das heisst der Anlagen und Arbeitskräfte, abzielen und die demokratische Funktion von Tarifverhandlungen als wesentliches Mittel für den sozialen Fortschritt und als stabilisierenden Faktor anerkennen.

Das Beispiel der Benzinpreise ist typisch für das oligopolistische System der Preisfestlegung, wie es in wachsendem Masse von den multinationalen Gesellschaften praktiziert wird, ein System, das der IBFG in seiner Weltwirtschaftskonferenz 1971 als eine der Hauptursachen für die Beschleunigung der Inflation angeprangert hatte. Heute steht weit mehr auf dem Spiel als eine kurzfristige Maximierung der Gewinne, vor allem durch Manipulierung der Transferpreise in den internen Transaktionen dieser Gesellschaften, das heisst zwischen Tochterfirmen in verschiedenen Ländern zur Ausnutzung günstigerer Steuerverhältnisse oder vorhersehbarer Schwankungen der Währungskurse. Es ist vielmehr die Fähigkeit mächtiger privater Wirtschaftsinteressengruppen, unsere Volks-

wirtschaften zu lenken und auszunutzen, um die es hier im Grunde geht. In den 60er Jahren hat man den Ölgesellschaften gestattet, die Abhängigkeit unserer Volkswirtschaft vom Öl über das vernünftige Mass hinaus zu steigern; wird man jetzt diesen selben Gesellschaften erlauben, die dominierende Stellung, die sie inzwischen erworben haben, auch auf andere Energiequellen (Kohle, Gas, Uran, Bitumensand und -schiefer) auszudehnen, eine Stellung, die sie mit Hilfe der Superprofite im Ölgeschäft von 1973 noch weiterhin werden ausbauen können?

Die bisher getroffenen oder beabsichtigten Massnahmen, mit der Energiekrise fertig zu werden, sind insofern unzureichend, als sie in keiner Weise die Wirtschaftsstrukturen des Marktes, die für die gegenwärtigen Schwierigkeiten verantwortlich sind, verändern und andererseits sich in einem engen nationalen Rahmen halten. Es ist also dringend erforderlich, die Aktion öffentlicher Stellen, vor allem internationaler Institutionen zu verstärken. Vorrangig ist es hierbei, eine öffentliche Geschäftsführung des europäischen Benzinsektors zu erreichen mit einer Kontrolle der Bruttoimporte und ihrer Preise sowie der Raffinerien und der Vermarktung. Auch die Benzinvorräte müssten einer öffentlichen Kontrolle unterstellt werden. Die Erschließung neuer Energiequellen setzt so grosse finanzielle Anstrengungen voraus, dass die erforderliche Besteuerungspolitik ebensowenig wie die Wahl einer Energiepolitik und die Ausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung auf diesem Gebiet den Ölgesellschaften überlassen bleiben darf. Wie dies die Vertreter der IBFG- und WVA-Organisationen bei ihrem Treffen im Rahmen des Gewerkschaftlichen Beratungsausschusses bekräftigt haben, muss sich eine Energiepolitik auf eine globale Behandlung gründen, die sich nach den sozialen Entwicklungszielen der Länder richtet, und sich unabhängig von dem Einfluss mächtiger Wirtschaftsgruppen entwickeln, die bisher jede Planung und die Entwicklung ausgeglichenen Beziehungen zwischen Erzeuger- und Verbraucherländern verhindert haben. Man sollte hinzufügen, dass sich in dieser Hinsicht die Entwicklung der offiziellen Massnahmen auf eine Verstärkung supra-nationaler Autorität, vor allem auf europäischer Ebene stützen muss.

Der «Ölschock» stellt nämlich gewisse Grundgegebenheiten des neokapitalistischen Systems, wie es sich im Laufe der letzten beiden Jahrzehnte entwickelt hat, erneut in Frage. Vom Standpunkt der Arbeitnehmer aus ergeben sich zwei Prioritäten für das Handeln der offiziellen Stellen immer deutlicher: einerseits die erforderliche langfristige Neuausrichtung der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zur Verwirklichung vordringlicher sozialer Zielsetzungen. Die kurzfristigen Wirtschaftsmassnahmen, die zur Wiederbelebung der Wirtschaftstätigkeit erforderlich sind, müssen in dieser Perspektive ein starkes und rasches Wachstum der öffentlichen Investitionen

nicht nur im Energiesektor, sondern auch im öffentlichen Verkehrs- wesen und bei den gemeinwirtschaftlichen und sozialen Einrichtungen möglich machen. Andererseits müsste eine gesteigerte internationale Zusammenarbeit die erforderlichen Umstellungen der Zahlungsbilanzen und der handels- und währungspolitischen Beziehungen gestatten, indem sie eine Vollbeschäftigung und die Verwirklichung vordringlicher sozialer Zielsetzungen sicherstellt. Insbesondere sollten die Organisation des Rohstoffmarktes und die technische und finanzielle Zusammenarbeit mit dem Ziel verstärkt werden, den Aufbau der Wirtschaft der Entwicklungsländer zu fördern und dort die Vollbeschäftigung zu erreichen. Die Entwicklungshilfe aus öffentlichen Mitteln muss gleichfalls rasch ausgebaut werden, um die Entwicklungsländer dahin zu bringen, mehr Einrichtungsgegenstände und für die Bevölkerung lebenswichtige Erzeugnisse einzuführen zu können, und um gleichzeitig eine entsprechende Umstellung der Wirtschaftstätigkeit der Industrieländer zu ermöglichen. Die Gewerkschaften haben wiederholt auf diese Prioritäten hingewiesen. Es muss alles geschehen, dass sie baldmöglichst ins Werk gesetzt werden. In diesem Sinne arbeiten auch die Gewerkschaftsorganisationen auf nationaler und internationaler Ebene, im Rahmen der EWG, der OECD oder auch des IBFG. Es ist zu hoffen, dass die notwendigen Reformen nicht erst in letzter Minute erfolgen, wenn Krisen bereits eingetreten sind, die sich die Arbeitnehmer gerne ersparen möchten, weil sie ja diejenigen sind, die im Ernstfall hauptsächlich die Konsequenzen zu tragen haben.

Dieser Ausblick kann hier nicht abgeschlossen werden, ohne wenigstens kurz auf andere Faktoren der kurzfristigen Wirtschaftssituation einzugehen. Bisher verläuft die Wirtschaftstätigkeit weiterhin in den Bahnen von 1973: die industrialisierte Welt hat soeben die Phase der stärksten Wirtschaftsexpansion seit der Zeit des grossen Aufschwungs im Anschluss an den Korea-Krieg erlebt. Einer der Faktoren, die uns für 1974 Sorge machen, ist die unzureichende interne Nachfrage und besonders die rückläufigen Ausgaben der Lohn- und Gehaltsempfänger, hervorgerufen durch das Nachhinken der Gehaltseinkommen hinter raschen Preissteigerungen und die hierdurch ausgelöste Umverteilung der Einkommen zugunsten der Profite. Diese Verlangsamung könnte noch durch die antizipierte Besteuerung der Einkommen und internen Ausgaben im Anschluss an die jüngsten Erhöhungen der Benzinpreise verschärft werden. Ein weiteres nicht weniger beunruhigendes Element besteht in der Unsicherheit der gegenwärtigen Lage, die das Vertrauen der Bevölkerung und der Wirtschaftskreise erschüttert. Die gleichmässige und gleichzeitige Konjunkturentwicklung in der gesamten industriellen Welt, wie man sie seit 1948 nicht mehr erlebt hat, lässt uns nur wenig Hoffnung auf eine automatische Stützung der Wirtschaftstätigkeit durch Exporte.

Aus der Gesamtheit der so gekennzeichneten wirtschaftlichen Situation ergeben sich die Linien unseres Handelns. Lohnverhandlungen müssen, abgesehen von jeder Einkommenspolitik, den Löhnen ermöglichen, den Vorsprung der Profite im Laufe des Jahres 1973 aufzuholen; sie müssen nicht allein den Arbeitnehmer für die Preiserhöhungen entschädigen, sondern ihm auch eine echte Hebung des Lebensniveaus zusichern, entsprechend dem Wachstumspotential unserer Wirtschaft und vor allem zugunsten der sozial schlechter gestellten Schichten. Selektive Massnahmen zur Wiederbelebung der Wirtschaft müssen schleunigst von den öffentlichen Stellen eingeleitet werden, entsprechend den langfristigen Zielen einer Neuausrichtung der Wirtschaft zur Verwirklichung sozialer Forderungen und zum Ausbau der Wirtschaft der Entwicklungsländer. Vorrang ist solchen Massnahmen einzuräumen, die der Herbeiführung der Vollbeschäftigung dienen. Nur unter der Voraussetzung einer energischen Aktion der öffentlichen Stellen werden sich die Ungewissheiten, von denen die gegenwärtige Situation überschattet ist, beheben lassen.